

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

42 (8.4.1948)

Was kostete der 2. Weltkrieg - und was hätten wir haben können?

Karlsruhe, 7. April. (epd) Eine Trillion Dollar sollen nach einer amerikanischen Statistik die Kosten des Krieges betragen. Man hätte mit dieser Summe jede Familie der Welt mit einer 4-Zimmer-Küche, einer Garage und Auto beschenken können. Es wäre dann immer noch viel übrig geblieben, um jeder Gemeinde mit über 8000 Einwohnern ein modernes Krankenhaus und eine Schule zu bauen.

3. Jahrgang / Nummer 42
Verlag: Badendruck GmbH,
Karlsruhe, Lammstr. 18-20, Tel. 4053/63

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 8. April 1948
Monatlicher Bezugspreis RM. 2,30
Postbezug RM. 1,60 zuzügl. Zustellgebühr

Vorbilder

Die Revolution für die Einheit der deutschen Länder, für Freiheit und Fortschritt des Volkes konnte auch die Frauen nicht gleichgültig lassen. Zeitgenössische Lithographien zeigen sie auf den Barrikaden in Berlin neben den Männern im Kampf beteiligt. Im dortigen Friedrichshagen ruhen unter den Märzgefallenen auch sechs Frauen. Über die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche berichtete Wilhelm Zimmermann, ein aus dem demokratischen Lager gehörendes Mitglied des Parlamentes, daß in der hohen, weißen Kirche unter den oft tausend Zuhörern die deutschen Frauen und Jungfrauen auf der Galerie begeistert den Reden der Männer lauschten. Namentlich hätten ihnen die feurigen Ansprachen von Robert Blum angetan. Aus ärmlichsten Verhältnissen stammend, war er Vizepräsident des Vorparlamentes geworden und von diesem später nach Wien entsandt, wo er die OPA des Reiches gründete. Der weibliche Bildschürler als das Mütterchen, sah die 19. Jahrhunderts lange Entrenchung, daß die Wege der Revolution zum ersten Male in den Händen der Entschlossenen lag. Die Zeit sollte...



Unsere Bilder: Vermittlungsvorschlag in Palästina - Welthandelskonferenz in Havanna - Wahlpropaganda in Italien. (Dona-Bilder)

Russische Zugeständnisse hinsichtlich Österreich

London, 7. April. (AP) Die Außenminister-Stellvertreter für den österreichischen Staatsvertrag konnten am 5. April zu einer Verständigung hinsichtlich der russischen Forderungen auf die österreichische Offenerklärung als Teilabteilung für die den Sowjets zugesprochenen deutschen Vermögenswerte gelangen. Die Sitzung zeigte, daß alle Beteiligten zu Konzessionen und Kompromissen bereit sind. Beobachter in der britischen Hauptstadt vermuten hinter den unerwarteten sowjetischen Zugeständnissen folgende Beweggründe: 1. seien die sowjetischen Behörden der Auffassung eines größeren Einflusses auf Österreich ausüben zu können, wenn alle alliierten Truppen Österreich räumen; 2. wüßten die Sowjetregierung den Abzug der Westmächte aus Österreich nicht so gerne, da die Sowjetregierung einen endgültigen Bruch mit den Westmächten unbedingt vermeiden möchte.

Politische Westzonen-Verschmelzung muß bald erfolgen, sagte Clay

„Entschlossene und ständig bessere Zusammenarbeit“ Frankreichs
Berlin, 7. April. (AP) Frankreich zeige nunmehr eine „entschlossene und sich ständig verbessernde Zusammenarbeit“ hinsichtlich der Verschmelzung seiner Besatzungszone mit den Vereinigten Westzonen, erklärte General Clay in einer Rundfunkansprache zum Tage der Armee am 6. April. Die Sowjetunion dagegen ließe eine „wachsende Opposition“ gegenüber der Verschmelzung erkennen, auch über die Besatzungszone den übrigen Zonen anzuschließen.

1105 Millionen Dollar zum sofortigen Anlaufen des ERP angeordnet

Washington, 7. April. (Dona) Präsident Truman hat laut Reuters die „Wiederherbau- und Finanzengesetze“ angewiesen, unverzüglich eine Milliarde 105 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, damit der Marshall-Plan voll anlaufen könne. Von diesem Gesamtbetrag sollen eine Milliarde für das Europa-Wiederaufbauprogramm, 50 Millionen für militärische Unterstützung Griechenlands und der Türkei, 50 Millionen für China und 5 Millionen für Indien verwendet werden. Wie Dona-Reuter aus Paris meldet, überhandeln die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Bevin und Bidault, dem amerikanischen Außenminister Marshall am 8. April eine gemeinsame Botschaft anlässlich der Annahme des ERP-Gesetzes durch den amerikanischen Kongreß, in dem es heißt, die Billigung des Marshall-Planes habe „den freien Völkern der Welt neuen Mut gegeben“. In der Botschaft wird herzliche Anerkennung und Dankbarkeit für den einseitigen Beweis von Staatskunst und das Vertrauen auf Europa zum Ausdruck gebracht, das Amerika durch die Billigung des ERP-Gesetzes zum Ausdruck gebracht hat. Die Botschaft wird dem britischen Außenminister Bevin am 8. April übergeben. Der britische Außenminister Bevin wird dem amerikanischen Außenminister Marshall am 8. April übergeben. Der britische Außenminister Bevin wird dem amerikanischen Außenminister Marshall am 8. April übergeben.

Erleichterung der Einwanderung

Bogota, 7. April. (AP) Der panamaische Außenminister, General Revoredo Iglesias, forderte am 6. April auf der panamerikanischen Konferenz in Bogota die Errichtung einer panamerikanischen Einwanderungsbehörde zur Erleichterung der Einwanderung aus Europa. Die europäische Einwanderung solle Hand in Hand gehen mit dem Programm zur Steigerung der Produktion und Handel in den lateinamerikanischen Ländern und den kleineren Staaten der UN. Die amerikanische Einwanderung solle Hand in Hand gehen mit dem Programm zur Steigerung der Produktion und Handel in den lateinamerikanischen Ländern und den kleineren Staaten der UN.

„Ein Grundstein aller Freiheiten ist die Informationsfreiheit“

Genf, 7. April. (Dona-Reuter) Der Hauptauschuss der UN-Konferenz für Presse- und Informationsfreiheit billigte auf seiner Sitzung am 2. April eine amerikanische Resolution, wonach Informationsfreiheit ein fundamentales Recht der Völker und Grundstein aller Freiheiten ist. Die UN-Konferenz für Presse- und Informationsfreiheit billigte auf seiner Sitzung am 2. April eine amerikanische Resolution, wonach Informationsfreiheit ein fundamentales Recht der Völker und Grundstein aller Freiheiten ist.

Der „Selbstmord“ Masaryks war Mord

Wiesbaden, 7. April. (Dona) Der Vorsteher eines hier in Bildung begriffenen tschechischen Nationalkomitees für „Wesdeutschland“, Dr. Jaroslav Zivinsky, erklärte hier am Dienstag einem Dona-Reuter-Bericht über den Selbstmord des Außenministers der tschechoslowakischen Republik, Jan Masaryk, er bespreche nicht den Tatsachen. Er bespreche nicht den Tatsachen. Er bespreche nicht den Tatsachen.

Eine Schlacht in Palästina

Jerusalem, 7. April. (Dona) Um die südlich Halba gelegene jüdische Ansiedlung Mischna Hanezich (Dona-Reuter) am 5. April eine 20stündige Schlacht. Etwa 1000 angreifende Araber sollen jüdische Verteidiger der Ortschaft zurückgeschlagen haben und 40 Tote am Rande der Ortschaft (Oberhalb der bayerischen Grenze) der Karlsruher Gegend kommende bewaffnete Gruppe von 18 Männern, 4 Frauen und 4 Kindern auf einem Lastwagen mit Granat, Landmine, Tirschenmunition, Sie berichteten, daß sie ihnen mit Hilfe der beiden Uniformierten erlitten sei, zwei Kontrollstellen tschechoslowakischer Grenzorgane zu passieren.

Bestimmungen des Vertrages zwischen Finnland und der Sowjetunion

Helsinki, 7. April. (Dona-Reuter) Der sowjetisch-finnische Vertrag zum Unterschied von dem Dienstag in Moskau unterzeichneten Vertragsvertrag, wird für Finnland erst nach seiner Ratifizierung durch das finnische Parlament bindend sein. Artikel 1 des Vertrages lautet: Sollten Finnland oder die Sowjetunion seitens Deutschlands oder eines mit ihm verbündeten Staates Ziel eines bewaffneten, gegen finnische Hoheitsgebiet gerichteten Angriffs, in Artikel 3 kommen beide Staaten ihren Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion zu erfüllen. In Artikel 4 wird Finnland alle seine verfügbaren Kräfte einsetzen, um die Integrität seines Hoheitsgebietes zu verteidigen, und zwar innerhalb finnland-übernehmender, gemäß der im Vertrag niedergelegten Verpflichtungen, wenn notwendig mit Unterstützung der Sowjetunion oder gemeinsam mit der Sowjetunion. In den oben angeführten Fällen wird die Sowjetunion Finnland jede notwendige Hilfe leisten, die für die Verteidigung der Integrität seines Hoheitsgebietes erforderlich ist.

Im Telegrammstil

Washington, 7. April. (Dona) Präsident Truman hat am 6. April die „Wiederherbau- und Finanzengesetze“ angewiesen, unverzüglich eine Milliarde 105 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, damit der Marshall-Plan voll anlaufen könne. Von diesem Gesamtbetrag sollen eine Milliarde für das Europa-Wiederaufbauprogramm, 50 Millionen für militärische Unterstützung Griechenlands und der Türkei, 50 Millionen für China und 5 Millionen für Indien verwendet werden. Wie Dona-Reuter aus Paris meldet, überhandeln die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Bevin und Bidault, dem amerikanischen Außenminister Marshall am 8. April eine gemeinsame Botschaft anlässlich der Annahme des ERP-Gesetzes durch den amerikanischen Kongreß, in dem es heißt, die Billigung des Marshall-Planes habe „den freien Völkern der Welt neuen Mut gegeben“.

Kriegsdienstverweigerung und Jugendparlament

Stuttgart, 7. April. (Hue. Eigenber.) Vor sechs Monaten stellte das Stuttgarter Jugendparlament an den Bundestag den Antrag auf Änderung der Verfassung unter Berücksichtigung eines Artikels über die Kriegsdienstverweigerung. Aus einer am 17. März gefassten Beschlusstimmung geht hervor, daß, obwohl der Antrag von Friedrichsberger und der Arbeitsgemeinschaft kriegsgewerkschaftlicher Verbände unterstützt wurde (in Württemberg-Baden 150 000 Mitglieder), die Volkvertretung es nicht für nötig befunden habe, auf die Wünsche eines so großen Teiles der Bevölkerung einzugehen. Um den Abgeordneten des Landtags eine Stellungnahme zu ermöglichen, wurde daher die Sondersetzung anberaumt. Das Jugendparlament hatte alle Verbände und Parteien zur Unterschrift ihres Antrages aufgefordert, die eine Ablehnung des Krieges in ihr Programm aufgenommen haben. Zugestimmt haben die VVN, Quäker, Christlicher Verein Junger Männer, das Evangelische Hilfswerk, Freie Gewerkschaftsjugend, die Naturfreunde und einige andere Organisationen. Abgelehnt haben die Unterschrift die SPD, KPD, CDU und VDP sowie die Katholische Jugend, die Katholische Kirche, Heilsarmee und Gewerkschaftsjugend. Nach den Vertretern einiger dieser Organisationen ergab Landtagspräsident Kell das Wort. Er betonte, daß es im Grundgesetz steht, daß die Bundesversammlung für den Kriegsdienst im Ausland die Zustimmung der Bundesversammlung einholen muß. Er werde das Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung beauftragen, die Volkmeinung zum Antrag zu erkunden, und am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation vor dem Landtag demonstrieren, um seinem nachdrücklichen Verlangen auch einen süßen Ausdruck zu geben.

Deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

Tübingen, 7. April. P. d'Huart, Generalkonsul von Frankreich in Stuttgart und Tübingen schreibt: Hiermit gebe ich Ihnen die nachstehenden statistischen Informationen über deutsche Kriegsgefangene in Frankreich bekannt. Diese Angaben sind für alle von Interesse, die nicht entsprechend über diese Frage unterrichtet sind. a) Beschleunigung der Rückführung: 181 645 sind in der Zeit vom 14. März bis zum 31. Dezember 1947 rückgeführt worden. Bei der gegenwärtigen Quote von 20-25 000 pro Monat wird die Rückführung der Kriegsgefangenen, die sich nicht entschlossen haben, Arbeiter (in Frankreich) zu werden, im November 1948 abgeschlossen sein. b) Die Anzahl derjenigen, die in Frankreich arbeiten wollen, d. h. Kriegsgefangene, die einen Arbeitsvertrag unterzeichnet haben, der die Freilassung in Frankreich und ein Jahr Arbeitsverpflichtung unter den gleichen Bedingungen wie für französische Arbeiter zur Folge hat, beläuft sich auf 140 061. Von dieser Zahl sind bereits 96 381 als ordentlich eingestellt und für weitere ist die Überführung in ein Arbeitsverhältnis in Bearbeitung. c) Während der genannten Zeit, also vom 14. März bis zum 31. Dez. 1947, betrug die Zahl der Todesfälle 780; dieser Prozentsatz entspricht dem in der gleichen Periode der französischen Bevölkerung, wenn er nicht niedriger ist. d) Während der gleichen Zeit sind 21 138 geflüchtet. e) Am 1. Januar 1948 betrug die Zahl der noch in Gefangenschaft Verbliebenen 301 440.



Westeuropas Wunschtraum!

